

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

1. XIX/109

Bonn, den 11. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

Tritte ins Kreuz

15

Erhard - von Gattenberg - Strauß

2 - 3

Wie sieht es mit dem Osthandel?

16

Der Westen hat kein einheitliches Konzept

3 08891

Südtirol in Schwabing

48

5 - 6

Westenpropas Studenten gegen die Franco-Diktatur

16

Internationales Bekenntnis zur Solidarität mit den
demokratischen Studenten Spaniens

Tritte ins Kreuz

Erhard - von Guttenberg - Strauß

G.M. - Bundeskanzler Erhard ist nicht zu beneiden. Kaum hat er kurz vor seiner Abreise nach den USA bei dem Geheimtreffen der CDU/CSU-Außenpolitiker am Tegernsee die "völlige Übereinstimmung" mit seinen politischen Freunden verkünden lassen, da treten ihm die bei dem im Augenblick wohl prominentesten CSU-Politiker Strauß und von Guttenberg schon wieder ins Kreuz. Während Franz Josef Strauß in Chicago die Parole des Bundesaußenministers Schröder "Außenpolitik der Bewegung" unter die Lupe nahm und vor Illusionen warnte, ging von Guttenberg die "Richtlinien der Politik der Bundesregierung" hier in Deutschland selbst mit der Brechstange an Herr von Guttenberg meinte nicht mehr und nicht weniger, die Bundesrepublik solle sich auf die Beteiligung an einer eigenen europäischen Atomstrategie einrichten, deren Führer selbstverständlich Staatspräsident de Gaulle sein müsse.

Strauß ist bei seiner Unterminierung der Position Schröders im Februar in den USA ein Meisterstück unterschwelliger Gedanken-akrobatic gelungen. Er empfahl dem Westen allen Ernstes, mit Josephson Karten zu spielen, ein Ratschlag, der ohne Zweifel den eigenen Vorstellungen von "Politikmacher" des CSU-Vorsitzenden entspricht. Wenn wir uns recht erinnern, hat Herr Strauß dieses Konzept seinen Parteifreunden auch in Wilshofen schon einmal empfohlen.

Die Ratschläge des Barons zu Guttenberg finden eine Stütze in der offiziellen französischen Politik. Da vor kurzem CDU/CSU-Politiker mit Gaullisten in Paris zusammengetroffen sind, dürfte man wohl kaum in der Annahme fehlgehen, daß dort die Gedankenflüge der Herren zu Guttenberg und Strauß ihren Ursprung haben.

Man könnte über diese Eskapaden prominenter CSU-Politiker hinwegsehen, wenn dadurch die deutsche Position bei der Freundschaft der Bundesrepublik nicht in Gefahr geraten würde, tatsächlich janusköpfig zu erscheinen.

Natürlich könnte der Bundeskanzler schon in den Vereinigten Staaten die Herren zu Guttenberg und Strauß öffentlich desavouieren. Ob das über die Welle des Mißtrauens abebben lassen würde, ist zweifelhaft.

Schließlich weiß man ja auch in den USA, daß sich die Herren Strauß und zu Guttenberg ausrechnen können, wie nach der Schwärze im Tegernsee der Bundeskanzler durch ihre Stellungnahmen abgewertet wird. Entweder kommt man dort, wo es wichtig ist, zu der Überzeugung, Ludwig Erhard habe zu Hause nichts zu sagen - was sehr schlimm genug für die deutsche Position in der Welt wäre - oder aber man glaubt sogar, die deutsche Politik wolle die Ratschläge des Herrn Strauß beherzigen und ein doppeltes Spiel treiben. S e i d e s wäre für die deutsche Position verheerend.

+ * +

Wie steht es mit dem Osthandel ?

Der Westen hat kein einheitliches Konzept

Der - Auf dem Gebiet der west-östlichen Handelsbeziehungen ist fast alles in Bewegung geraten, festgefügte Normen und Verhaltensweisen geraten ins Wanken, Gibt es überhaupt noch eine einheitliche westliche Osthandelspolitik? Diese Frage stellen heißt, sie mit NEIN zu beantworten. Die Briten lieferten, sehr zum Verdruss der Amerikaner, auch Kuba Autobusse und andere Waren und erleichterten damit die vom Castro-Regime verursachte wirtschaftliche Misere. Sie haben sogar Fusionsien den Kauf eines Atomkraftwerkes angeboten, obwohl dies nicht im Sinne der NATO-Bestimmungen liegt. Auch Offerten amerikanischer Firmen liegen vor, wie es heißt, ohne Zustimmung der Washingtoner Regierung.

Durchbruch mit Weizenlieferungen

Der große Durchbruch aus dem starren Gefüge des West-Osthandels erfolgte mit den kanadischen und amerikanischen Weizenlieferungen in die Sowjetunion. Sie brachten Kanada und den Vereinigten Staaten hochbegehrtes Gold und Devisen, verringerten die für Jahre ausserordentlichen Vorräte an Getreide um ein Beträchtliches und halfen Chruschtschow über die Schwierigkeiten im eigenen Lande hinweg - ein geradezu ideales Geschäft, bei dem alle Partner Vorteile einheimsten. Die Bundesrepublik glaubte noch im Sinne westlicher Solidarität zu handeln, als sie vor zwei Jahren über die Sowjetunion ein Röhrenembargo verhängte. Dem Krenl fiel es nicht schwer, andere Lieferanten in westlichen Ländern zu finden.

Im Zeichen der Entschärfung des Kalten Krieges

Der Markt der Ostblockländer übt nun eine große Anziehungskraft aus, die Entschärfung des Kalten Krieges weckt in den westlichen Ländern die Begierde, in diesen Markt oder Märkte mit schnellen Schritten einzudringen. So stieg die USA-Einfuhr in die Länder des Ostblocks allein im ersten Quartal dieses Jahres um das Vierfache, wobei der Löwenanteil auf die Sowjetunion entfiel. Die USA-Regierung ermuntert die amerikanische Geschäftswelt zu intensiveren Handelsbeziehungen mit Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Bulgarien, der Handel mit diesen Staaten gilt nicht mehr als frevelhaft.

Gewiss liegen dieser veränderten Einstellung auch hochpolitische Überlegungen zugrunde. Die USA erhoffen sich von einem verstärkten Handel eine Hebung der nationalen Gefühle in diesen Ländern, verbunden mit dem Bestreben, die Bande zur Sowjetunion zu lockern. Die Berechtigung dieser spekulativen Annahme trifft vor allem auf Rumänien zu. Es mußte deshalb bitteren Tadel vom Krenl einstecken, der freilich ohne Wirkung auf die selbstbewußten Rumänen blieb.

Moskau hat Kontrolle verloren

Die Ohnmacht der Sowjetunion, den Ostblockländern ihren Willen aufzuzwingen, und deren Drang nach stärkeren wirtschaftlichen Bindungen zum Westen zu kommen, wird am sichtbarsten in Verhältnis zu China. Das kommunistische China nimmt auf sowjetische Empfindlichkeiten überhaupt keine Rücksicht mehr, es öffnet sein Tor für einen erweiterten Handel mit europäischen "kapitalistischen" Staaten. In de Gaulle fand es einen willigen Fürsprecher und Partner. Offiziell hat Paris Gerüchte über langfristige Kredite an Peking bestritten, doch von solchen Demeritis ist wohl nicht viel zu halten. Peking selbst trifft alle Vorbereitungen für einen intensiven Handelsaustausch mit Westeuropa, es schickt seine besten Experten nach London und Paris und eine chinesische Handelsmission besucht derzeit neben Frankreich und Großbritannien auch Holland und die Schweiz. Wird der Handel mit China ebenso jene Versuchung für die westlichen Länder sein wie es in den Zwischenkriegsjahren der Handel mit der Sowjetunion war?

Nationale Interessen überwiegen

Der Westen insgesamt hat offensichtlich kein Rezept für ein einheitliches Vorgehen, die nationalen Interessen der einzelnen Länder überwiegen und sind miteinander nicht in Einklang zu bringen. Während die USA die Bundesrepublik aus vielen Gründen ermutigen, durch Errichtung von Handelsmissionen in den Ostblockländern ihren Beitrag zur Entspannung zu leisten, dürfte es wohl in einem verstärkten Handelsaustausch mit Peking einen Affront erblicken. In der Bewertung Chinas stoßen hier die Absichten de Gaulles und jene der Vereinigten Staaten diametral zusammen. Für die USA ist das kommunistische China wegen seiner Aggressivität ein verdammenswertes Land, das den USA in Südasiens die größten Schwierigkeiten bereitet und selbst das Risiko eines Krieges einzugehen bereit ist.

Für de Gaulle ist die Erhaltung des Weltfriedens ohne die aktive Mitwirkung Chinas nicht denkbar. Ein verstärkter Handel Westeuropas mit China, erklärtes Ziel de Gaulles, muß zu Spannungen innerhalb der westlichen Verteidigungsabündnisse führen, solange man sich über eine Grundkonzeption nicht einigen kann. Diese ist jedoch nicht in Sicht. Niemand vermag heute zu sagen, zu welchen Unfern die neuen Strömungen auf dem Gebiete des Ost-Westhandels führen mögen.

Glosse:

Südtirol in Schwabing

Rw - Schwabing, ein Stadtteil im Norden Münchens, ist seit altersher als Heimstätte exzentrischer Personen bekannt. Um die Jahrhundertwende wurde in Schwabing manche künstlerische oder schriftstellerische Revolution begonnen. Und noch heute finden sich alljährlich zum Sankt Nikolaustag Künstler, Schriftsteller und andere muntere Zeitgenossen mit dem Münchener Oberbürgermeister zur fröhlichen Tafelrunde zusammen. Allerdings, es gibt noch ein anderes Schwabing, das Schwabing der Nächte-lokale. Um Respekt willen es den Namen eines Münchener Montmartre bekann. Es gibt auch den "Ecullevard Leopold", wo zur guten Jahreszeit junge Talente ihre Erstlingsschöpfungen auf der Strasse zum Verkauf stellen.

Und schließlich gibt es das politische Schwabing, in dem sich zu Wahlzeiten Thomas Dehler, Siegfried Balke und Walter Seufert in Streitgesprächen begegnen. Das allerdings ist die Bundespolitik. Die örtliche Politik Schwabings wird von weniger bekannten Persönlichkeiten betrieben, wenn man sich mit den Rathaus um Strassenführungen, nächtliche Ruhestörungen oder Zigeunerlager am Stadtrand streitet.

Doch mit einemmal ist einer dieser sozusagen örtlichen Politiker Schwabings sehr bekannt geworden. Er steht in der Zeitung, er wird im unendlichen Rundfunkkommentar erwähnt. Allerdings wurde dabei bemerkt, die bayerische CSU solle sich vor ihren Freunden schützen, denn mit ihren Feinden würde sie selber fertig. Der Rechtsanwalt Delonge, Schwabinger CSU-Partei-chef, hat unter seinen Mandanten den bekannten Innsbrucker Universitätsassistenten Norbert Brugger, sozusagen ein politischer Emigrant aus seiner tirolerischen Heimat. Die bayerischen Behörden waren über die Anwesenheit Bruggers nicht entzückt und erliessen ein Aufenthaltsverbot, gegen das der Schwabinger CSU-Chef beim Verwaltungsgerichte angeht.

Dies ist wohl der Ausgangspunkt dafür, daß Delonge die Abteilungen Altschwabing und Schwabing-Freikann seiner Partei nun nicht etwa in die Bundespolitik, sondern gleich in die internationale Politik zum Kampf aufrief. Er rief, und nicht alle kamen. Doch immerhin, die 100-Mann-Versammlung in Schwabing ließ sich beinahe so explosiv an wie der Kampf einiger Heißköpfe südlich des Brenner gegen die Leitungsmasten der elektrischen Versorgungsleitungen, die offenbar als Sinnbild nationaler Unterdrückung gewertet werden.

Zu diesem Zweck ist Delonge nun allerdings nicht als Person aus Rednerpult getreten. Er hat sich einen Theologen, Professor Klüber aus Würzburg, geholt, der recht unzweideutig seine Ansichten ärtet. Er ging wesentlich weiter als etwa die Angeklagten vor dem Gericht in Kalland und erklärte frank und frei, Verhandlungen führten zu nichts und daher habe die Bevölkerung Südtirols das Recht und die Pflicht, die Staatsgewalt den Regierenden zu "entziehen" und sie selbst auszuüben. Die moraltheologischen Fachkenntnisse haben den Professor nicht davor geschützt, im ungeeigneten Augenblick als Elefant im Porzellanladen zu erscheinen. Er hat offenbar nicht gehört, wie der österreichische Ausserminister wenige Tage zuvor dem bayerischen Rundfunk erklärte, sein italienischer Kollege Saragat habe einen neuen Stil in die Verhandlungen um die Südtirolfrage gebracht.

Ob und wie nun etwa der Landesvorsitzende der CSU auf diese Schwabinger Eskapade reagiert, das allerdings dürfte von allgemeinem politischen Interesse auch aussertalb Münchens sein.

Westeuropas Studenten gegen die Franco-Diktatur

Internationales Bekenntnis zur Solidarität mit den demokratischen Studenten Spaniens

P.M. - "Solidarität mit den demokratischen Studenten Spaniens", das war das Thema einer europäischen Arbeitstagung in Stuttgart, auf der sich die Vertreter der nationalen Studentenverbände aus fast allen westeuropäischen Ländern dafür aussprachen, die Verteidigung der demokratischen und freiheitlichen Grundrechte auch an den Universitäten Spaniens zu ihrer eigenen Sache zu machen. Diese studentische Solidaritätstagung schloß nach zweitägiger Beratung mit einer gemeinsamen Erklärung der zwölf offiziellen Studentenverbände aus Westeuropa gegen die Fortdauer der totalitären Beschränkungen der akademischen Lehrfreiheit und der studentischen Meinungsfreiheit an den spanischen Universitäten.

Demaskierte Täuschung

Scharf wiesen die Studentenvertreter den Täuschungsversuch zurück, die nach innen und aussen unternommenen Versuche zur Stabilisierung des Franco-Regimes als seine angeblich eingeleitete "Liberalisierung" auszugeben. Nach Aussagen einiger aus Spanien eingetroffener Vertreter dortiger illegaler Gruppen demokratischer Studentenverbände wurde auf verpflichtende Art ein praktisches Solidaritäts- und Aktionsprogramm unterzeichnet, dessen Durchführung unmittelbar an allen Universitäten Westeuropas einsetzen soll. Sowohl die Repräsentanten der Studentenverbände aus zwölf Ländern, die insgesamt eine Million Studenten aus Universitäten Westeuropas vertreten, als auch die studentischen Vertreter aus Spanien zeigten sich gleichermaßen beeindruckt, daß dank der Federführung des Bonner VDS-Vorstandes hier eine europäische Tagung zu einem so kritischen Ergebnis, wie es die Spanienfrage darstellt, mit bemerkenswerter politischer Einstimmigkeit und mit praktischen Resultaten abgeschlossen werden konnte. An den Beratungen nahm als Beobachter u.a. auch ein Vertreter des Studentischen Gesamtverbands der USA teil, der seinerseits 1 200 000 nordamerikanische Studenten vertritt.

Der unbeirrte demokratischen Orientierung nach war diese repräsentative Arbeitstagung, die vom 4. bis 6. Juni in den Räumen der Technischen Hochschule Stuttgart stattfand, von einer Haltung getragen, die tatsächlich für die politische Reife und Verantwortlichkeit der Spitzenvertretung der europäischen Studenten Zeugnis ablegt.

Unteilbares Recht auf Freiheit

Während kleineuropäische Diplomaten und Wirtschaftspolitiker neuerdings um die Wette eine demokratische und freiheitliche Lösung für Spanien endgültig zu bagatellisieren und abzuschreiben suchen, und die Ausserminister von de Gaulle bis zu Fidel Castro nacheinander

der und nebeneinander einen Reigen nach Madrid aufführen und Franco "rehabilitieren", haben auf dieser Sonderkonferenz mit dem Generalthema Spanien dagegen die Gesamtsprecher der westeuropäischen Studenten sich entschieden dazu bekannt, daß durch das Spiel um die kleinen machtpolitischen Vorteile und durch das Rennen um künftige Märkte der grundsätzliche Anspruch auf demokratische Lebensformen nirgendwo - und erst recht nicht in Europa - ausgehöhlt oder eingeeignet werden darf. Weil Europa um seiner selbst willen sich nicht damit abfinden darf, daß das unteilbare Recht der Menschen auf Freiheit und demokratische Lebensformen eingeschränkt bleibt, hat in diesem Fall die europäische Studentenkonferenz mit Nachdruck wiederholt, daß Spaniens Aufnahme in die EWG solange nicht infrage kommt, solange das spanische Volk der Franco-Diktatur unterworfen ist. Insofern besagt das Manifest der europäischen Studentenkonferenz, daß die geistigen Repräsentanten des jungen Europas ganz und gar auf die demokratische Zukunft Europas bauen.

Spanien-Manifest an allen Universitäten

Von seiten des VDS, der studentischen Gesamtvertretung der Bundesrepublik, wurde am Schluß der Tagung klargestellt, daß offenbar die einheitliche kulturpolitische Tendenz und das Gelingen der Konferenz wesentlich durch die demokratischen Gemeinsamkeiten der führenden studentischen Organisationen in den westeuropäischen Ländern bestimmt worden war. Umgekehrt wäre darum das Eintreten für Meinungsfreiheit in Spanien fragwürdig, wenn nicht unglaublich geworden, wenn an dieser Tagung gemäß den ursprünglichen Vorstellungen etwa des französischen Studentenverbandes auch Delegierte aus den Sowjetländern und aus Bulgarien oder der FDJ beteiligt gewesen wären. Zu den verpflichtenden solidarischen Beschlüssen der europäischen Studentenkonferenz wurde bekannt, daß das angenommene Spanien-Manifest bald in allen Universitäten Europas als vielsprachiges Plakat die studentische Forderung nach Recht und Meinungsfreiheit für Spanien zum Widerhall bringen soll.

* * *

Entsprechend den Anregungen der skandinavischen Studentenvertreter wurde dem Sinne nach festgelegt, daß die beginnende studentische Solidaritätsaktion für die demokratischen Kräfte in Spanien möglichst überall durch ein Zusammenwirken mit demokratischen Massenorganisationen, wie den Gewerkschaften und anderen gleichstrebenden gesellschaftspolitischen Kräften, verbreitet werden soll.

+ + +